

Das Spektrum möglicher Antworten

Globalisierung – eine Zwischenbilanz

erschien in: *Kommune*, 18(7), 51-57 (2000).

Christoph Scherrer

Seit gut einem Jahrzehnt wird über die so genannte Globalisierung viel geschrieben und geforscht. Es ist an der Zeit Zwischenbilanz zu ziehen. Hat sich mittlerweile ein Konsens herausgeschält, was Globalisierung eigentlich ist, was ihre Ursachen sind und welche Konsequenzen sie zeitigt? Oder haben zumindest die jeweiligen Interpretationen klare Konturen gewonnen? Der Autor gibt hier zunächst einen kurzen, keinesfalls Vollständigkeit beanspruchenden Überblick zum Stand der Diskussionen zum "Globalisierungskomplex" (Hübner 1998). Dieser soll als Grundlage für eine Diskussion der derzeit in der deutschen Politik gehandelten Antworten auf die Globalisierung dienen.

Was ist Globalisierung?

Mittlerweile besteht eine "Phänomenologie der Globalisierung" (Narr 1994): Je nach Fach und theoretischem Standpunkt finden sich auf vielen Ebenen menschlicher Gesellschaft Phänomene, die als Zeichen einer Globalisierung gedeutet werden. Gesellschaftliche Brisanz erlangte Globalisierung in Deutschland vor allem als ein ökonomisch definiertes Phänomen, der so genannten Entgrenzung (Neyer 1996) wirtschaftlicher Aktivitäten. Unabhängig ihres ökonomischen, soziologischen oder kulturellen Inhaltes ist Globalisierung jedoch zuallererst ein politisches Phänomen, denn der Begriff wird zur Begründung vornehmlich politischer Maßnahmen verwendet.

Als Begriff und Begründungsfigur ist Globalisierung im politischen Diskurs wenige Jahre alt. Wenngleich die Bedeutung des Weltmarkts als Absatzmarkt (Stichwort "deutsche Wertarbeit") seit langem im Bewusstsein der deutschen Bevölkerung verankert ist, fand erst in den Neunzigerjahren die Vorstellung weite Verbreitung, dass das Sozialstaatsniveau, die Lohnhöhe und die Formen der Erbringung infrastruktureller Leistungen zunehmend globaler Prozesse angepasst werden müssen.

Wird mit Globalisierung tatsächlich ein qualitativ neuer Abschnitt gesellschaftlicher Entwicklung beschrieben oder unterscheidet sich die heutige Periode allein quantitativ von der bisherigen Entwicklung? Hirst und Thompson (1998) sowie Dolata (1997) verneinen beispielsweise die Existenz einer globalen Wirtschaft unter Hinweis auf die verhältnismäßig geringe Dichte der Wirtschaftsbeziehungen außerhalb des jeweiligen Pols der so genannten Triade (Nordamerika, Westeuropa, Japan). Allerdings finden sich auch innerhalb von Nationalstaaten Regionen, die deutlich geringere Verflechtungen aufweisen, und dennoch wird von nationalen Wirtschaften gesprochen. Doch gilt festzuhalten, dass aus deutscher Sicht Globalisierung vor allem ein europäisches Phänomen ist, da innerhalb der Europäischen Union traditionelle nationalstaatliche Hindernisse für grenzüberschreitende wirtschaftliche Aktivitäten am stärksten abgebaut wurden und somit die wirtschaftliche Verflechtung mit den europäischen Partnerstaaten verhältnismäßig weit vorangeschritten ist (Kreile 1998).

Ferner besteht mittlerweile in der wissenschaftlichen Literatur ein Konsens darüber, dass ein Zustand von Globalität noch lange nicht erreicht ist, sondern dass wir uns heute immer noch im Prozess der Globalisierung befinden (Altvater/Mahnkopf 2000). Ist dieser jedoch bereits so weit fortgeschritten, dass eine neue Qualität erreicht wurde? Aus der Sicht der Weltsystemtheorie ist Globalisierung ein sehr altes (seit dem "langen" 16. Jahrhundert; Wallerstein 1983), aus traditionell marxistischer Sicht ein ziemlich altes Phänomen (seit der industriellen Revolution; Brenner 1999). Rein empirisch lässt sich auch zeigen, dass das Ausmaß an Direktinvestitionen, der Anteil des Handels am Bruttosozialprodukt et cetera heute am Ende des 20. Jahrhunderts mit dem Stand vom Anfang des Jahrhunderts vergleichbar ist (Hübner 1998: 59-67). Insofern sind der kapitalistischen Produktionsweise Globalisierungstendenzen inhärent. Von daher ist es logisch davon auszugehen, dass die derzeitige Globalisierung innerhalb einer Kontinuitätslinie steht.

Allerdings müssen sich die Globalisierungstendenzen nicht notwendig in allen Phasen der kapitalistischen Entwicklung durchsetzen, wie die Phase des Fordismus, des Binnenmarktzentrierten Wachstumsmodells, zeigte (Aglietta 1979). Und im Vergleich zum Fordismus stellt die derzeitige Phase kapitalistischer Entwicklung sicherlich ein neues Phänomen dar, wobei der qualitative Unterschied sich dort am augenfälligsten ergibt, wo das nationale Akkumulationsregime dem Idealtyp des Fordismus am nächsten kam, sprich: den USA. Zur Blütezeit des Fordismus in den USA, das heißt in den Sechzigerjahren, spielte der Außenhandel kaum eine Rolle, der grenzüberschreitende Kapitalverkehr wurde zeitweise beschränkt, die ausländischen Tochtergesellschaften boten häufig andere Produkte an (etwa Opel Kadett), auf den meisten Märkten des verarbeitenden Gewerbes herrschten feste Oligopole, den privaten Anbietern von infrastrukturellen Leistungen (vom Stromerzeuger bis hin zur Fluggesellschaft) wurden Serviceniveau und Preise staatlicherseits vorgeschrieben – selbst die Banken konnten ihre Zinsen nicht frei setzen – und die Entwicklung der Tariflöhne spiegelte die Produktivitätsentwicklung wider. Heute hat der Außenhandel einen Anteil am Bruttoinlandsprodukt von über 18 Prozent, der Kapitalverkehr ist unreguliert, die Tochtergesellschaften sind in eine komplexe internationale Arbeitsteilung integriert, wo Oligopole herrschen, sind sie international organisiert, der Infrastrukturbereich ist dereguliert und die Löhne hinken dem Produktivitätswachstums hinterher (Scherrer 1992). Für Deutschland, dessen westdeutscher Teil in der Nachkriegszeit stärker in die Weltwirtschaft integriert war, fallen diese Unterschiede zwar geringer, aber gleichsam signifikant aus (Voy et al. 1991).

Gegenüber den Sechzigerjahren nahm auch die grenzüberschreitende Mobilität der Arbeitskräfte zu (1965 wurden die Einwanderungsbeschränkungen in den USA erheblich gelockert), wenngleich das Ausmaß von der Jahrhundertwende nur absolut, aber noch nicht im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung erreicht wurde. Die viel beschworene Beschleunigung der Finanztransaktionen (Huffschild 1999) dürfte hingegen keine neue Qualität im Verhältnis zur Zeit vor dem Ersten Weltkrieg darstellen, denn bekanntlich ist Geschwindigkeit relativ. Im Verhältnis zur damaligen Langsamkeit des Alltags war ein Morse-Zeichen mindestens so schnell wie heute ein Computer-Klick. Vielmehr unterscheidet sich die heutige internationale Finanzwelt durch ein dichtes Regelwerk und Auffangnetz (Reinicke 1998: Kap. 4). Die Zahlungsschwierigkeiten Argentinien im Jahre 1890 ließen über den Kollaps der Londoner *Baring Brothers* deutlichere Spuren in den damaligen

Metropolen zurück als der zweite Bankrott der *Baring Bank* 1995 und selbst die Asienkrise der letzten Jahre (vgl. Kindleberger 1996: 93, 121).

Was sind die Ursachen der Globalisierung?

Die Erklärungsansätze für die Ursachen und Triebkräfte der Globalisierung lassen sich dahingehend unterscheiden, ob sie die Globalisierung durch Technikentwicklung (Wriston 1992) beziehungsweise durch Gesetze kapitalistischer Produktionsweise vorgegeben (Hirsch 1995) oder als Folge eines politischen Prozesses auffassen. Letztere Auffassung findet zunehmend Anhänger, selbst der neueste Jahresbericht der ökonomischen Sachverständigen für den amerikanischen Präsidenten betont:

"Given the economic and technological forces behind globalization, its rise may seem inevitable. Yet governments have taken on a critically important role in opening markets and removing distortions, thereby allowing market forces to play themselves out" (CEA 2000: 210 f.).

Eigene Forschung belegte empirisch, dass es in der Nachkriegszeit zur Globalisierung der Wirtschaftsaktivitäten erst der Liberalisierung der Außenwirtschaftspolitik bedurfte, und zwar auf globaler Ebene die Öffnung des US-amerikanischen Marktes und auf europäischer Ebene des Binnenmarktprojektes.

In den USA führte die Hegemonie international orientierter Konzerne und Kapitaleigentümer zur Liberalisierung der Außenwirtschaftspolitik. Diese verstanden es, einerseits die Öffnung zum Weltmarkt als ein politisches Projekt zu formulieren, in dem auch andere politische Akteure ihre Interessen widerspiegelt sahen. Andererseits gelang es ihnen zusammen mit anderen Freihandelsbefürwortern, gegenläufige Forderungen zu kanalisieren oder auszugrenzen. Dabei schuf der Erfolg des Weltmarktprojektes die Basis ihres weiteren Erfolges. Herausforderungen für ihre Politik ergaben sich vor allem durch die Inkompatibilität zentraler wirtschaftspolitischer Handlungsweisen beziehungsweise durch die Erosion der ursprünglichen Fundamente des Weltmarktprojektes. Bei der Abwehr dieser Herausforderungen half ihnen ihre strukturell abgesicherte, privilegierte Position im politischen Prozess. Darüber hinaus vermochten sie es, sowohl die strukturellen Momente des Weltmarktes auszunutzen als auch das Weltmarktprojekt politisch umzuformulieren. War zunächst der Antikommunismus das einigende Band der Freihandelskoalition – wobei der Weltmarkt zur Einbindung sowohl der verbündeten Nationen als auch der eigenen Lohnabhängigen in eine fordistische Produktionskoalition dienen sollte –, trat mehr und mehr das Interesse in den Vordergrund, den Weltmarkt zur Zurückweisung der von den Beschäftigten und sozialen Bewegungen erhobenen Ansprüche zu nutzen (Scherrer 1999). Für den europäischen Vereinigungsprozess kann eine ähnliche Hegemonialstruktur identifiziert werden (Ziltener 1999).

Die Ursachenanalyse ist aber bei weitem noch nicht abgeschlossen. Im Vergleich zur unmittelbaren Nachkriegszeit kann angenommen werden, dass die strukturellen Momente des Globalisierungsprozesses gegenüber den politischen Momenten erheblich zugenommen haben. Dennoch sollte nicht der Versuch aufgegeben werden, die politischen Antriebskräfte der Globalisierung zu identifizieren. Insbesondere der Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur Globalisierung ist noch kaum erforscht worden. Im politischen Diskurs wird die Globalisierung, soweit sie nicht ausdrücklich befürwortet wird, vielfach aus einer

Opferrolle behandelt. Die Politik der Bundesregierung förderte die Globalisierungstendenzen, und zwar nicht erst seit Kanzler Kohl. Die Bundesbank trug entscheidend zum Übergang zu flexiblen Wechselkursen bei (Emminger 1986) und Bundeskanzler Helmut Schmidt leistete der neoliberalen Wende in Großbritannien und der Hinwendung zum Monetarismus in den USA Vorschub (Volcker 1992). Nicht zuletzt haben die Exporterfolge der deutschen Wirtschaft die Handelspartner unter Anpassungsdruck gesetzt und die Mittel für umfangreiche Direktinvestitionen im Ausland zur Verfügung gestellt (Altvater/Hübner 1988).

Was sind die Auswirkungen der Globalisierung?

Die Größe des Themas lädt zu phantasievollen Spekulationen ein, die in Abhängigkeit vom politischen Standort und/oder des gemütsgefärbten Blicks auf das Weltgeschehen häufig entweder in äußerst verheißungsvolle oder umgekehrt in katastrophale Szenarien münden (Ohmae 1996; Greider 1998). Wird der Blick weniger weit nach vorne gerichtet und stehen zugleich die Bewertungen eher im Hintergrund, dann fallen die Einschätzungen zu den Auswirkungen der Globalisierung deutlich weniger polarisiert aus. Allgemein wird angenommen, dass sich aufgrund der Globalisierung die jeweiligen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten derer verschieben, die verhältnismäßig mobiler sind. Insbesondere ist das Kapital gegenüber der Arbeit beweglicher geworden, zumal die Arbeitskräfte nicht nur aufgrund ihrer Reproduktionsbedürfnisse stärker lokal eingebunden sind, sondern sie auch im Unterschied zu Waren, Kapital und Technologie heute zum Teil höhere Grenzbarrieren vorfinden als früher (Hübner 1998: 68-74). Wirtschaftliche Körperschaften, sprich: Unternehmen, sind ebenfalls räumlich ungebundener als politische Körperschaften, die territorial definiert sind.

In der politologischen Diskussion standen bisher die Auswirkungen auf den Nationalstaat im Vordergrund, insbesondere auf dessen Territorialität, Souveränität, Autonomie (Effektivitätsverlust und Standortnachteil staatlicher Maßnahmen) und demokratischen Partizipationsmöglichkeiten (Beck 1998; Greven 1998).

Unabhängig, ob eine Erosion des Nationalstaates postuliert wird oder nicht, wird vielfach die Souveränität der Nationalstaaten in der goldenen Epoche vor der so genannten Globalisierung überschätzt. Souverän waren in der Nachkriegszeit allein die USA, die Sowjetunion und die Volksrepublik China. Großbritanniens Souveränität war bereits durch die "Lend-Lease" Kredite in der unmittelbaren Nachkriegszeit kompromittiert (Gardner 1969), in Frankreich und Italien durften die Kommunisten nicht an die Macht. Die Souveränität hörte vor allem dort auf zu existieren, wo die hegemonialen gesellschaftlichen Kräfte des nationalstaatlichen Hegemons (für den Westen die USA) ihre Interessen verletzt sahen.

Zudem werden gegenläufige Tendenzen kaum wahrgenommen. Deutschland beispielsweise erlangte erst kurz vor dem Beginn des Globalisierungsdiskurses mit der Wiedervereinigung seine formale Souveränität. Auch lassen die hohen Transferzahlungen im Zuge der Wiedervereinigung Zweifel entstehen, ob tatsächlich der wirtschaftspolitische Spielraum aufgrund der Globalisierung bereits so viel kleiner geworden ist.

Ferner lassen die Forschungsergebnisse der Gruppe um David Soskice am Wissenschaftszentrum Berlin Zweifel aufkommen, ob die Globalisierung tatsächlich zur Konvergenz nationaler Produktionsstrategien und der damit einhergehenden Einengung wirtschaftspolitischer Optionen führt. Soskice und seine Kollegen und Kolleginnen weisen

nämlich sowohl theoretisch als auch empirisch nach, dass die Globalisierung die bereits vorhandenen Spezialisierungen in den einzelnen Wirtschaftsräumen eher verstärkt als vermindert. Die mit den jeweiligen Produktionsstrategien traditionell einhergehenden Regulationsweisen könnten deshalb theoretisch verteidigt werden. Die unterschiedlichen nationalstaatlichen Möglichkeiten der Einflussnahme auf den Globalisierungsprozess sind bisher kaum theoretisch und empirisch untersucht worden, was insbesondere wiederum für Deutschland gilt (Hancké/Callaghan 1999).

Grundsätzlich krankt die Diskussion über den Nationalstaat im Zuge der Globalisierung daran, dass dieser verdinglicht wird und nicht als institutioneller Ausdruck eines gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses gesehen wird. Wie die unter Neo-Institutionalisten geführte Debatte über den starken oder schwachen Staat gezeigt hat, kann Stärke oder Schwäche eines Nationalstaates nicht abstrakt abgehandelt werden, sondern bedarf eines konkreten Bezugspunktes (vgl. Cammack 1989). Während die staatliche Kontrolle grenzüberschreitender Wirtschaftsaktivitäten abnimmt, nehmen in vielen Nationen die staatlichen Kompetenzen zur Überwachung des allgemeinen Verhaltens der Bürger und Bürgerinnen zu (Hirsch 1995). Wenngleich der heutige Staat immer mehr auf die Mitarbeit und Zustimmung der gesellschaftlichen Akteure angewiesen ist (Stichworte: Neokorporatismus und *public-private partnerships*), so liegt die Kompetenz, kollektiv verbindliches Recht zu setzen, immer noch bei staatlichen Institutionen wie Parlament, Regierung und Justiz. Ferner setzen internationale Regime die innere Souveränität der Nationalstaaten voraus (Esser 1999: 131).

Von einigen Ausnahmen abgesehen kam es bisher auch nicht zum Abbau des jeweiligen Sozialstaates, zumindest gemessen am Anteil des Bruttosozialproduktes (Garrett 1996). Selbst in den USA findet lediglich ein Umbau des Sozialstaates statt. Programme, die einst die Notwendigkeit zur Erwerbsarbeit minderten, sind so verändert worden, dass sie den Zwang zu Erwerbsarbeit erhöhen (Piven 1999).

Die Folgen der Globalisierung für Lohnabhängige und Gewerkschaften sind hingegen bereits deutlicher sichtbar. Die US-Gewerkschaften haben in den Achtzigerjahren das erlebt, was Streeck gut begründet für das nächste Jahrzehnt den deutschen Gewerkschaften prophezeit (1998), nämlich die schrittweise Erosion ihrer Verhandlungsmacht und die Fähigkeit zur Umverteilung (Lüthje/Scherrer 1993). Eine Analyse der gewerkschaftlichen Organisierungsbemühungen gerade unter Arbeitsmigranten in den Neunzigerjahren ergab jedoch, dass die Schwächung der Gewerkschaften nicht zwangsläufig ist, dass sich selbst "illegale Arbeitskräfte" erfolgreich organisieren können, allerdings nur dort, wo Gewerkschaften als soziale Bewegung gelebt werden und nicht als bürokratische intermediäre Interessenvermittlung walten (Lüthje/Scherrer 1997).

Für die Beschäftigten im Süden stellt die Globalisierung noch eine größere Herausforderung dar. Um auf dem Markt anders als nur durch geringe Lohnkosten zu bestehen, bedarf es der Weiterentwicklung der Produktionstechniken und Bemühungen um Produktspezialisierung. Beides setzt einen gewissen Industrialisierungs- und Bildungsgrad voraus, der definitionsgemäß von Ländern, die sich gerade industrialisieren, nicht erreicht wird. Die Konkurrenzsituation wird deshalb dort am schärfsten sein, wo der Markteintritt die geringsten Voraussetzungen stellt (Scherrer 1998).

Gerade im Süden wird besonders deutlich, dass Regionen von der Globalisierung sehr unterschiedlich erfasst werden, sodass von einer ungleichmäßigen *Glokalisierung* gesprochen werden kann: das heißt einer zunehmenden weltwirtschaftlichen Integration von spezifischen Lokalen bei gleichzeitiger Marginalisierung anderer Lokale (Hennig 1996; Storper 1995).

Was sind die Steuerungsmöglichkeiten der Globalisierung?

Zum Umgang mit der Globalisierung besteht eine Vielfalt von Konzepten. Michael Zürn (1999) trifft die Unterscheidung zwischen einem universalistischen und einem protektionistischen Lager. Das universalistische Lager nimmt die Globalisierung (bei Zürn "Denationalisierung") als gegeben und unumkehrbar an. In diesem Lager konkurrieren Vorstellungen von einem "Konsumentenparadies im globalen Kaufhaus", von einer Weltzivilgesellschaft und von einer *Global Governance* "bei der die gesellschaftliche Denationalisierung sukzessive durch politische Regelungs- und Steuerungsmechanismen jenseits des Nationalstaates aufgefangen wird" (Zürn 1999: 305).

Das protektionistische Lager versuche hingegen der Entgrenzung der Globalisierung neue politische und soziale Grenzziehungen entgegenzusetzen. Laut Zürn deckt es das gesamte bekannte politische Farbenspektrum von braun über schwarz und rot bis zu grün ab. Die braune Variante will den verschärften Wettbewerb um Ressourcen entlang von unterstellten ethnischen Identitäten organisieren. Die schwarze Version läuft auf "rettet den Standort durch soziale Exklusion" hinaus. Die rote Variante will durch den "Schutz der Märkte" den Standort, die grüne Variante durch den "Schutz vor unökologischen Produkten" die Umwelt retten (Zürn 1999).

Für diese rote Variante kann allerdings Zürn keinen sozialdemokratischen Amtsträger und auch keinen Funktionär einer großen deutschen Gewerkschaft zitieren. Gleichfalls stehen nur wenige Umweltschützer und grüne Amtsträger für einen nationalen Alleingang in der Umweltpolitik. Zürns grobes Raster ist recht typisch für die "Optimisten" der Globalisierung, die "Bedenkenträgern" gerne das Etikett "Protektionisten" anheften (vgl. auch Wiesenthal 1999).

Im rotgrünen Diskurs dürften neben Zürns eigener *Global-Governance*-Position zwei weitere bedeutsam sein, die sich in nicht-protektionistischer Weise auf den Nationalstaat beziehen: einerseits das Festhalten an bisherigen Errungenschaften bei gleichzeitiger Ignoranz beziehungsweise Abstreiten von Globalisierung (sozialpolitischer Flügel der SPD) und andererseits die Einsicht in die Notwendigkeit der Anpassung an die Imperative der Globalisierung, ohne Aufgabe der Zielgrößen soziale Chancengleichheit und Umweltschutz. Letztere Position könnte auch als "intelligente Standortpolitik" bezeichnet werden.

Ich möchte hier eine sowohl nach Strategie als auch nach Regelungsebene differenzierte Typologie der Reaktionsweisen auf die Globalisierung vorschlagen. Die Strategien können unterteilt werden nach Versuchen, Globalisierungstendenzen zu ignorieren, sich ihnen gegenüber abzuschotten, sich ihnen anzupassen, und schließlich in Bemühungen, die Rahmenbedingungen zu ändern. Die Anpassungsstrategien können weiterhin nach vorwegnehmenden (neoliberalen) und nach sozialabfedernden Strategien unterschieden werden. Strategien, die auf eine Änderung der Regeln, unter denen die Globalisierung sich vollziehen soll, abzielen, können ebenfalls in eine neoliberale und in eine soziale Variante eingeteilt werden. Die Regelungsebenen lassen sich vom Stadtteil bis hin zu globalen

Abkommen fein differenzieren, doch praktisch erscheint eine Dreiteilung: Global/Staatenbünde, Nationalstaat/Bundesland, Umlandverband/Stadt. So findet sich bspw. an der Schnittstelle von neoliberaler Anpassungsstrategie und der Regelungsebene Umlandverband/Stadt das politische Konzept einer "schlanken" Stadtverwaltung und einer unregulierten Konkurrenz unter den Kommunen in der Region (*siehe Schaubild*).

Typologie der Reaktionen auf Globalisierung und der Regelungsebenen

Strategien		Regelungsebene		
		Global/EU	Nation/Bundesland	Region/Stadt
Ignoranz/Abschottung		-	Status Quo	Status Quo
Anpassen	neoliberal		weitere Deregulierung Trennung Banken - Industrie	schlanker Staat
	sozial		aktive Industrie- und Technikpolitik ökologische Steuerreform	Infrastruktur- vorleistungen, Armutsbekämpfung, Multi-Kulti
Rahmenbedingungen ändern		Harmonisierung der Steuern, Finanzen, Wechselkurszielzonen, Städtebünde	Steuerschlupflöcher stopfen, Quellensteuer	Städtebünde

In weiteren Beiträgen will der Autor gemeinsam mit Eike Hennig und Robert Lohde-Reiff einzelne Reaktionsweise aus diesem Schema ausführlicher diskutieren.

Literatur

Aglietta, Michel (1979): A Theory of Capitalist Regulation. The US Experience, New York:NLB

Alt Vater, Elmar/Hübner, Kurt (1988): Die BRD – Eine mittlere Hegemonialmacht; in: *Prokla*, Heft 73, 18(4), 6-36

Beck, Ulrich (1998): Politik der Globalisierung. Hrsg. von [Red.: Raimund Fellingner], Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1998

Brenner, Robert (1999): Turbulence in the World Economy, London: Verso

- Cammack, Paul (1990): Statism, New Institutionalism, and Marxism; in: *The Socialist Register 1990*, London, Verso, 147-170
- CEA (2000): *The Annual Report of the Council of Economic Advisers*, Washington, United States Government Printing Office
- Dolata, Ulrich (1997): Das Phantom der Globalisierung, in; *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 1, 98-104
- Emminger, Otmar (1986): *D-Mark, Dollar, Währungskrisen*, Stuttgart: DVA
- Gardner, Richard N. (1969): *Sterling-Dollar Diplomacy: The Origins and the Prospects of Our International Economic Order*, 2d ed., New York
- Garrett, Geoffrey (1996): Capital Mobility, Trade, and the Domestic Politics of Economic Policy, in: Robert Keohane and Helen Millner (eds.) *Internationalization and Domestic Politics*, Cambridge (England): Cambridge University Press, 76-107
- Greider, William (1998): *Endstation Globalisierung. Der Kapitalismus frißt seine Kinder*, München: Heyne. (engl. Originaltitel: *One World, Ready or Not*)
- Greven, Michael, (Hg.) (1998): *Demokratie – eine Kultur des Westens*, Opladen: Leske + Budrich
- Hancké, Bob/Callaghan, Helen (1999): Systemwettbewerb oder –komplementarität?; in: Lang, Mayer Scherrer (Hg.): *Jobwunder USA – Modell für Deutschland?*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 22-43
- Hennig, Eike, in Zusammenarbeit mit Lohde-Reiff, Schmeling, Völker (1996): Amsterdam, Frankfurt/Main und Los Angeles: Fragmentierte Stadträume und Stadtdiskurse; in: *Das Argument* 217/1996, 757-773
- Hirsch, Joachim (1995): *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*, Berlin
- Hirst, Paul/Thompson, Grahame (1998): Globalisierung? Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Nationalökonomien und die Formierung von Handelsblöcken; in: Ulrich Beck (Hg.), *Politik der Globalisierung*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 85-183
- Huffschnid, Jörg (1999): *Politische Ökonomie der Finanzmärkte*, Hamburg: VSA
- Kohler-Koch, Beate (Hg.) (1999): *Regieren in entgrenzten Räumen*, Opladen: Westdeutscher Verlag
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1991): *Hegemonie und radikale Demokratie*, Wien: Passagen Verlag
- Lüthje, Boy/Scherrer, Christoph (Hg.) (1993): *Jenseits des Sozialpakts. Neue Unternehmensstrategien, Gewerkschaften und Arbeitskämpfe in den USA*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 9-31
- Lüthje, Boy/Scherrer, Christoph (Hg.) (1997): Rassismus, Einwanderung und Arbeiterbewegung in den USA – eine Einführung; in: dieselben (Hg.): *Zwischen Rassismus und Solidarität. Diskriminierung, Einwanderung und Gewerkschaften in den USA*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 16-40
- Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (1996): *Global Governance. Organisationselemente und Säulen einer Weltordnungspolitik*; in: Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (Hg.):

Weltkonferenzen und Weltberichte. Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion, Bonn, 12-36

Narr, Wolf-Dieter/Schubert, Alexander (1994): Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt am Main: edition suhrkamp

Ohmae, Kenichi (1996): Der neue Weltmarkt: Das Ende des Nationalstaates und der Aufstieg der regionalen Wirtschaftszonen, Hamburg: Hoffmann und Campe (engl. Originaltitel: The End of the Nation State)

Piven, Frances Fox (1999): Der marktfreundliche US-amerikanische Sozialstaat; in: Lang, Sabine/Mayer, Margit/Scherrer, Christoph (Hg.): Jobwunder USA – Modell für Deutschland?, Münster: Westfälisches Dampfboot, 226-238

Scharpf, Fritz W. (1998): Demokratische Politik in der internationalisierten Ökonomie; in: Greven, Michael (Hg.): Demokratie – eine Kultur des Westens, Opladen: Leske + Budrich, 81-104

Scherrer, Christoph (1992): Im Bann des Fordismus. Der Konkurrenzkampf der Auto- und Stahlindustrie in den USA. Hrsg. vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Abteilung Regulierung von Arbeit, Berlin: edition sigma

Scherrer, Christoph, (1995) Eine diskursanalytische Kritik der Regulationstheorie; in: *Prokla* 25 (3) Heft 100: 457-482

Scherrer, Christoph (1998): Die wissenschaftliche Diskussion, in: Scherrer/Greven/Frank: Sozialklauseln. Arbeiterrechte im Welthandel, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 34-111

Scherrer, Christoph (1999): Globalisierung wider Willen? Die Durchsetzung liberaler Außenwirtschaftspolitik in den USA., Berlin, edition sigma

Storper, Michael (1995): Territories, Flows and Hierarchies in the Global Economy; in: *Aussenwirtschaft*, 50, 265-293

Streck, Wolfgang (1998): Industrielle Beziehungen in einer internationalisierten Wirtschaft; in: Beck, Ulrich (Hg.): Politik der Globalisierung, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 169-202

Volcker, Paul (1992): Experiments in Coordination; in: Volcker, Paul/Gyohten, Toyoo: Changing Fortunes. The World's Money and the Threat to American Leadership, New York: Times Books, 136-151

Voy, Klaus/Polster, Werner/Thomasberger, Claus (Hg.) (1991): Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (1949-1989), Marburg: Metropolis

Wallerstein, Immanuel (1983): Klassenanalyse und Weltsystemanalyse; in: Kreckel, Reinhard (Hg.), Soziale Ungleichheiten, *Soziale Welt*, Sonderband 2, Göttingen

Wriston, Walter (1992): The Twilight of Sovereignty: How the Information Revolution is Transforming Our World, New York: Charles Scribner's Sons

Ziltener, Patrick (1999): Strukturwandel der europäischen Integration. Die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot

Zürn, Michael (1998): Schwarz-Rot-Grün-Braun: Reaktionsweisen auf Denationalisierung, in: Beck, Ulrich (Hg.): Politik der Globalisierung, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 297-330